



# Bürgerhaus

## Einladung zum traditionellen Politischen Aschermittwoch mit Ministerpräsident Roland Koch

am 05.03.2003, um 19.00 Uhr,  
im Bürgerhaus Harheim,  
In den Schafgärten 21, Frankfurt-Harheim



## Gut für Frankfurt: Hessen weiter auf Erfolgskurs!

### In dieser Ausgabe:

- Aus der Frankfurter CDU:**
- Wahl-Ergebnisse
  - Der Wahlkampf
  - 50 Jahre RCDS
  - Nachrichten u. Termine

- Aus der Fraktion:**
- Fraktion vor Ort
  - OLYMPIA 2012
  - Hochwasser
  - Deutsch-Amerikanischer Freundschaftstag
  - Nachrichten / Anträge

### Impressum:

Herausgeber:  
CDU Frankfurt  
Kreisverband und  
Stadtverordnetenfraktion.  
Kreisverband:  
Eschenheimer Anlage 19  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 153099-0  
Fax (069) 153099-20  
Fraktion:  
Bethmannstraße 3  
60311 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 1387280  
Fax (069) 291355  
Text und Redaktion:  
Thomas Feda und  
Alexander Zell  
Fotos: Helmut Möller u.a.  
Druck: Kristandt KG Frankfurt  
Auflage: 5.000  
Redaktionsschluß: 10.02.2003  
Redaktionsschluß für die nächste  
Ausgabe: 14.04.2003  
Namentlich gezeichnete Artikel ge-  
ben nicht unbedingt die Meinung der  
Herausgeber und der Redaktion wie-  
der. Die Redaktion behält es sich vor,  
Leserbriefe sinnwährend zu kürzen.



CDU Frankfurt, Eschenheimer Anlage 19, 60318 Frankfurt am Main  
PVSt, Dt. Post AG, „Entgelt bezahlt“, D 45614



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

ein kurzer, aber intensiv geführter Landtagswahlkampf liegt hinter uns.

Das Ergebnis kann als historisch bezeichnet werden: Erstmals in Hessen wurde ein CDU-Ministerpräsident wiedergewählt; die CDU Hessen hat erstmals bei einer Landtagswahl die absolute Mehrheit mit 48,8% erreicht; die Sozialdemokraten sackten erstmals auf 29,1% ab und erzielten damit ihr schlechtestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte.

Mein Dank gilt den zahlreichen Parteifreundinnen und Parteifreunden, die die Partei bei Kälte, Regen und Schnee unterstützt haben. Besonderer Dank gilt aber auch den Mitgliedern und Spendern unserer Partei, ohne die der Wahlkampf finanziell in dieser Weise nicht möglich gewesen wäre.

Mein Dank gilt darüber hinaus den Kandidaten und Stadtbezirksverbänden, die einen geschlossenen und kämpferischen Wahlkampf geführt haben. Die Frankfurter CDU war wie bei der Bundestagswahl auch diesmal stark im Stadtbild mit Informationsständen vertreten. Die zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen und -aktivitäten haben den Willen zum Sieg deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Frankfurter CDU hat ihre Wahlziele erreicht: Unsere sechs Landtagskandidaten haben ihre Wahlkreise direkt gewonnen. Wir haben mit 46,7% der Wahlkreisstimmen gegenüber 31,9% die SPD mit ihren Kandidaten weit zurückgelassen.

Auch mit den 42,4% bei den Landesstimmen haben wir ein hervorragendes Ergebnis in einer Großstadt erzielt. Wir sind mit deutlichem Abstand stärkste Partei geworden. Die SPD hat in Frankfurt miserable 26,5% erreicht. Zusammen mit der FDP (8,9%) gibt es wieder eine klare bürgerliche Mehrheit in Frankfurt. SPD und Grüne sind zusammen gerade einmal so stark wie wir. Im Gegensatz zur SPD konnten wir unsere Wählerschaft mobilisieren. Erfreulich ist es, dass wir in Frankfurt bei allen Altersgruppen die stärkste Partei wieder geworden sind. Sogar bei der von der Hertie-Stiftung durchgeführten Juniorwahl an Hessens Schulen wurden wir von den Schülern unter 18 Jahren mit Abstand zur stärksten Partei gewählt.

Auch in Zukunft wird es für die Frankfurter CDU darauf ankommen, unsere Positionen als moderne Großstadtpartei zu verdeutlichen und überzeugend in die Bevölkerung einzutragen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild bleiben dabei drei Leitlinien, die unsere Politik bestimmen: Die CDU, dass hat die Hessenwahl gezeigt, ist die liberale, konservative und soziale Volkspartei der Mitte. Mit diesen Werten wollen wir in den nächsten Jahren unsere Stadt Frankfurt am Main und unser Land Hessen verantwortlich gestalten. Lassen Sie uns an die Arbeit gehen: Es wurde viel getan, es gibt aber noch viel zu tun!

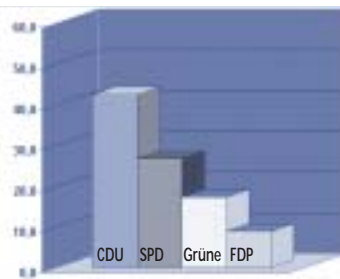
Mit herzlichen Grüßen  
Ihr Udo Corts  
Kreisvorsitzender

# Landtagswahl am 2. Februar 2003

**Der CDU ist es nach 1999 erneut gelungen, die Landtagswahl in Frankfurt eindeutig für sich zu entscheiden. Sie wurde mit deutlichem Abstand stärkste Partei.**

Die CDU erreichte einen Zweitstimmenanteil von 42,4% und damit ein überdurchschnittlich gutes Wahlergebnis, die SPD fiel auf 26,5%. Die CDU hat 0,7%-Punkte hinzu gewonnen, die SPD 6,9%-Punkte verloren. Die Grünen erzielten mit einem Zweitstimmenanteil von 17,2% einen Zuwachs von 3%-Punkten gegenüber 1999. Die FDP erhielt 2,9%-Punkte mehr und erzielte einen Anteil von 8,9%.

Das Zweitstimmenergebnis stellt sich in der Tabelle wie folgt dar:



## Zweitstimmenergebnis Frankfurt am Main

CDU	42,4%	(+ 0,7%)
SPD	26,5%	(- 6,9%)
Grüne	17,2%	(+ 3%)
FDP	8,9%	(+ 2,9%)

Die CDU konnte damit knapp 97.000 der 229.000 gültigen Landestimmen auf sich vereinigen. Der Vorsprung gegenüber der SPD hat sich von 19.780 Stimmen (1999) auf 36.448 Stimmen nahezu verdoppelt. Die SPD hat mit ihrem Ergebnis von 60.486 Stimmen über 40.000 Stimmen (!) gegenüber der Bundestagswahl 2002 verloren. Die Grünen erreichten 39.000 Stimmen (+5.500) und die FDP 20.400 (+6.000).

Wahlberechtigt waren 381.027 Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, rund 2400 mehr als 1999. Die Wahlbeteiligung lag bei 61,1%. Der Abstand zum Landesdurchschnitt beträgt -3,5%-Punkte. Gegenüber der Landtagswahl 1999 ist die Frankfurter Wahlbeteiligung um 2,7%-Punkte gesunken.

schnitt beträgt -3,5%-Punkte. Gegenüber der Landtagswahl 1999 ist die Frankfurter Wahlbeteiligung um 2,7%-Punkte gesunken.

**Die CDU konnte mit ihren Kandidaten alle sechs Frankfurter Landtagswahlkreise direkt gewinnen.**

Im **Landtagswahlkreis 34** (Frankfurt am Main I: Höchst, Griesheim, Nied, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, Zeilsheim) gewann Alfons Gerling mit dem besten Ergebnis aller Frankfurter Wahlkreise (54,8%) zum fünften Mal das Direktmandat in Folge. Er konnte seinen Stimmenvorsprung gegenüber den SPD-Direktkandidaten um rd. 7.400 Stimmen (24,6%-Punkte) ausbauen.

Im **Landtagswahlkreis 35** (Frankfurt am Main II: Bockenheim, Hausen, Hedderneim, Kuhwald, Nordweststadt, Niederursel, Praunheim, Rödelheim) trat die CDU-Landtagsabgeordnete



**Wahlkreis 34**  
Alfons Gerling



**Wahlkreis 35**  
Ulrich Caspar



**Wahlkreis 36**  
Boris Rhein



**Wahlkreis 37**  
Michael Boddenberg



**Wahlkreis 38**  
Udo Corts

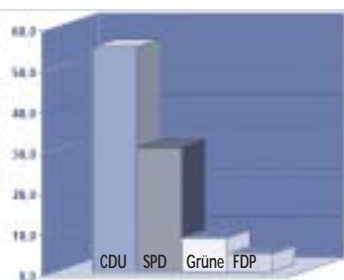


**Wahlkreis 39**  
Gudrun Osterburg

Heide Degen nicht mehr an. Ullrich Caspar bewarb sich erstmals im Wahlkreis für das Direktmandat. Er gewann deutlich mit einem Vorsprung von 4.022 Stimmen (11,0%-Punkte) und erzielte 44,3%.

Im **Landtagswahlkreis 36** (Frankfurt am Main III: Dornbusch, Eschersheim, Ginnheim, Westend, Gallus, Gutleut-/Bahnhofsviertel, Innenstadt) konnte Boris Rhein als jüngster CDU-Kandidat zum

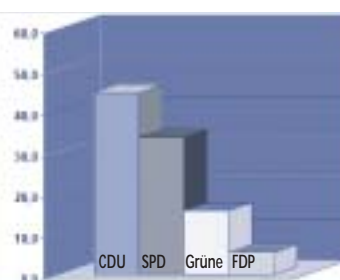
zweiten Mal das Direktmandat gewinnen und seinen bisherigen Vorsprung weiter ausbauen. Er erzielte mit 46,2% der Erststimmen einen deutlichen Zuwachs von 16,2% (6.200 Stimmen).



## Erststimmenergebnis Wahlkreis 34

**Alfons Gerling**

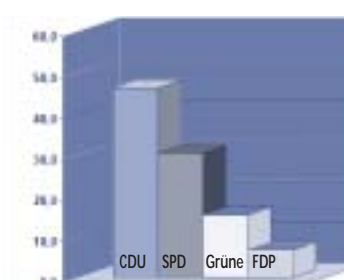
CDU	54,8%	(+ 5,5%)
SPD	30,2%	(- 7,3%)
Grüne	8,2%	(+ 2,5%)
FDP	4,2%	(+ 1,9%)



## Erststimmenergebnis Wahlkreis 35

**Ulrich Caspar**

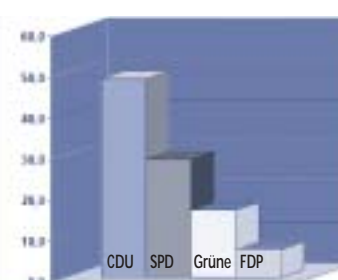
CDU	44,3%	(+ 2,5%)
SPD	33,3%	(- 6,9%)
Grüne	15,5%	(+ 3,0%)
FDP	5,3%	(+ 2,9%)



## Erststimmenergebnis Wahlkreis 36

**Boris Rhein**

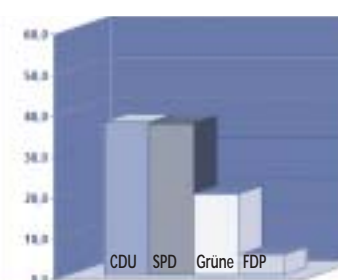
CDU	46,2%	(+ 1,8%)
SPD	30,2%	(- 5,2%)
Grüne	15,2%	(+ 3,4%)
FDP	6,6%	(+ 0,9%)



## Erststimmenergebnis Wahlkreis 37

**Michael Boddenberg**

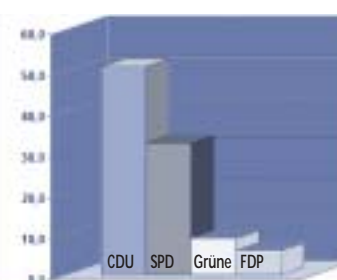
CDU	48,3%	(+ 3,3%)
SPD	28,7%	(- 5,0%)
Grüne	16,3%	(+ 2,8%)
FDP	6,7%	(+ 2,4%)



## Erststimmenergebnis Wahlkreis 38

**Udo Corts**

CDU	37,2%	(+ 1,5%)
SPD	36,9%	(- 1,8%)
Grüne	19,8%	(+ 1,5%)
FDP	4,8%	(+ 0,7%)



## Erststimmenergebnis Wahlkreis 39

**Gudrun Osterburg**

CDU	50,8%	(+ 2,7%)
SPD	32,1%	(- 5,5%)
Grüne	8,9%	(+ 2,0%)
FDP	5,9%	(+ 2,0%)

Im **Landtagswahlkreis 37** (Frankfurt am Main IV: Goldstein, Niederrad, Oberrad, Sachsenhausen, Schwanheim) erzielte Michael Boddenberg einen Stimmenanteil von 48,3% und gewann erneut den Wahlkreis mit einem großen Vorsprung von 19,6% (8.000 Stimmen) gegenüber der SPD-Kandidatin.

Im **Landtagswahlkreis 38** (Frankfurt am Main V: Bornheim, Nordend, Ostend) trat der langjährige Landtagsabgeordnete Rudolf Friedrich nicht mehr an. Der Frankfurter CDU-Vorsitzende Udo Corts konnte mit einem äußerst knappen Vorsprung von 85 Stimmen das 1999 an die SPD verlorene Mandat wieder zurück gewinnen. Er erzielte 37,2% – ein Vorsprung von 0,3%..

Im **Landtagswahlkreis 39** (Frankfurt am Main VI: Bergen-Enkheim, Bonames, Eckenheim, Fechenheim, Frankfurter Berg / Berkersheim, Harheim, Kalbach, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach, Preungesheim, Riederwald, Seckbach) gewann Gudrun Osterburg zum zweiten Mal mit einem Vorsprung von 18,7% (7.700 Stimmen). Sie erzielte mit 50,8% das zweitbeste Frankfurter Wahlkreisergebnis.

Insgesamt lag der Erststimmenanteil der CDU bei 46,7%. Die SPD erreichte 31,9%. Das entspricht einen Stimmenvorsprung von 33.400 Wahlstimmen; eine Zunahme von 16.700 Stimmen gegenüber 1999.

### Erststimmen- ergebnis Frankfurt am Main

CDU	46,7%	(+ 5%)
SPD	31,9%	(- 1,5%)
Grüne	14,2%	(+ 0%)
FDP	5,6 %	(- 0,4%)

In 250 der 442 Frankfurter Wahlbezirke hat die CDU entweder eine Hochburg oder

verfügt über stabile Mehrheiten. Die SPD hat noch 2 Hochburgenbezirke und 36 Mehrheitsbezirke. Vor allem in den eigenen Hochburgen- und Mehrheitsbezirken konnte die CDU ihre Wähler mobilisieren. Überdurchschnittliche Zuwächse der CDU wurden auch in den SPD-Hochburgen und Mehrheitsbezirken erzielt.

Der CDU ist es dabei nicht nur gelungen, die älteren Wähler anzusprechen; sie wurde in allen Altersgruppen stärkste Partei und überdurchschnittlich von Frauen gewählt. Die eigenen Anhänger konnten in hohem Maße mobilisiert und das Wählerpotential weitgehend ausgeschöpft werden.

Die CDU konnte in 39 von 42 Ortsteilen der Stadt Frankfurt am Main die Mehrheit der Landesstimmen auf sich vereinigen.

Die größten Zuwächse erfolgten in Sossenheim (+4,9%-Punkte) und Nied

(+4,0%-Punkte) und Fechenheim (+4,5%-Punkte). Ihr bestes Ergebnis verbuchte die CDU in Nieder-Erlenbach und Zeilsheim mit je 55,7%. Schlusslicht bildet Nordend-Ost mit 28,5%.

Die SPD hat in allen 42 Ortsteilen Verluste zwischen -5,2%-Punkte (Ostend) und -10,0%-Punkte (Griesheim) hinnehmen müssen. Ihr bestes Ergebnis hatte die SPD mit 41,5% im Riederwald, den niedrigsten Anteil brachte Westend-Süd mit 19,2%.

Die Grünen konnten in 40 Ortsteilen Zuwächse zwischen +0,3%-Punkte (Sachsenhausen-Süd) und 4,6%-Punkte (Gallusviertel) verbuchen. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie im Nordend-Ost mit 33,0% und Nordend-West mit 27,7%; das schlechteste Ergebnis in Zeilsheim (7,2%).

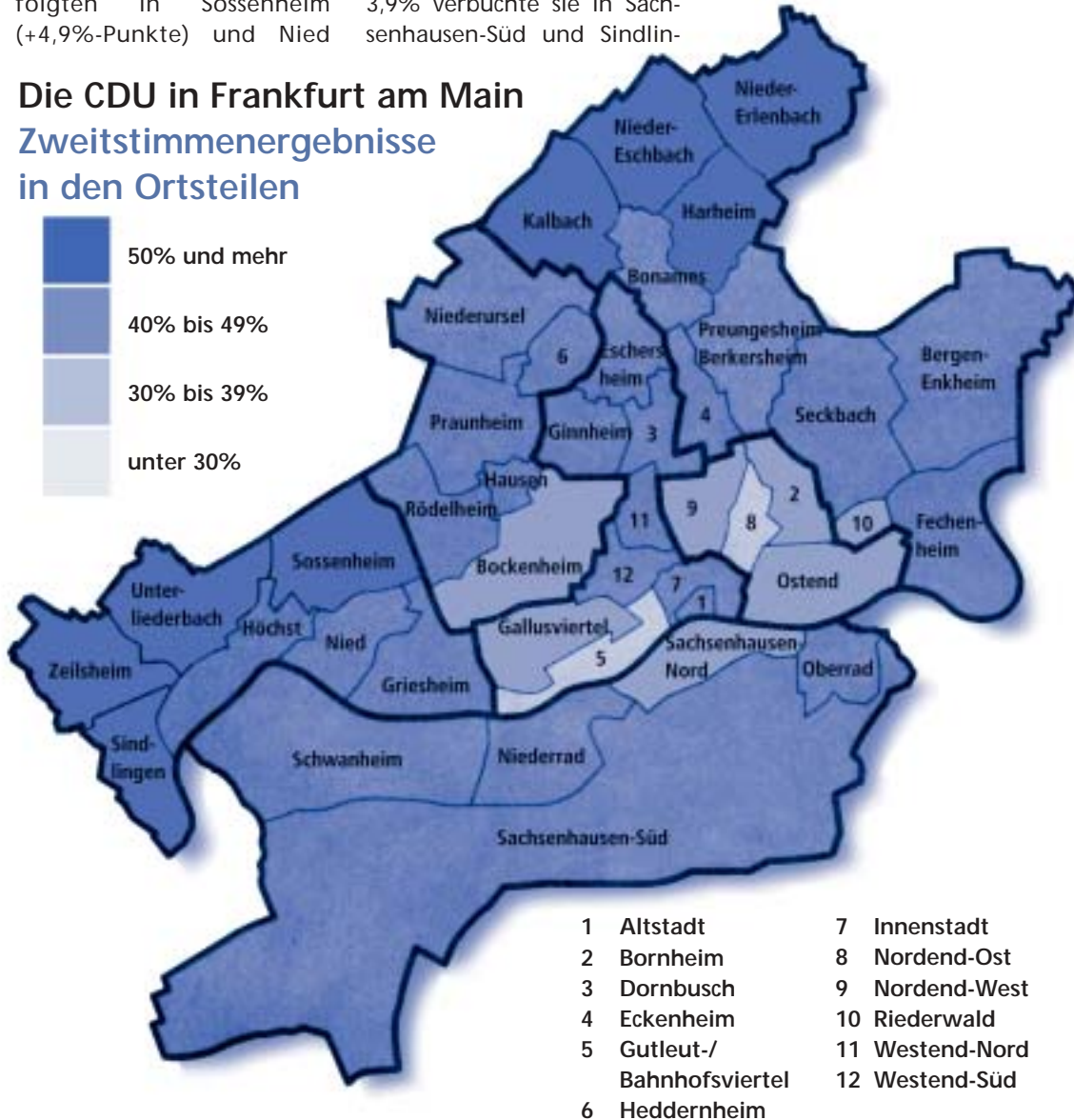
Die FDP konnte in allen Ortsteilen Zuwächse erzielen. Ihre größten Gewinne von je 3,9% verbuchte sie in Sachsenhausen-Süd und Sindlin

gen. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie mit 15,8% im Westend (Süd).

Im Gesamtergebnis liegen die Frankfurter CDU und die Frankfurter SPD unter dem jeweiligen Landesdurchschnitt; Grüne und FDP liegen dagegen über dem Landesdurchschnitt.

Im Vergleich der kreisfreien Städte Hessens liegt das Wahlergebnis der CDU in Frankfurt durchaus im Landestrend. Die CDU erzielte in den Großstädten jeweils Wahlergebnisse unter dem Landesdurchschnitt. Sie konnte sich trotzdem in allen Großstädten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sichern. Das höchste Ergebnis erreichte die Union in Wiesbaden mit 47,3%; das schlechteste Ergebnis in Darmstadt mit 38,8%. Die SPD erzielte ihr bestes Ergebnis in Kassel mit 33,3%, das schlechteste in Offenbach mit 26,4%.

### Die CDU in Frankfurt am Main Zweitstimmenergebnisse in den Ortsteilen



## Der Landtagswahlkampf der Frankfurter CDU



25. November 2002

### Die Präsentation der Kandidaten:

Bei einem Presse-Arbeitsessen mit 25 geladenen Journalisten im Restaurant „Grimm's im Westend“ präsentierten sich unsere sechs Landtagskandidaten.

30. November 2002

### Die Sympathie- kampagne Teil I

Zauberhaftes von der Frankfurter CDU: Auf Einladung der Landtagskandidaten konnten 130 Kinder (6-12 Jahre) den Kino-Film „Harry Potter Teil II“ im Cinestar Metropolis kostenlos anschauen. Den Eltern wurde kostbare Zeit für einen vorweihnachtlichen Einkaufsbummel geschenkt. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg.



29. November 2002



### Der Startschuß zum Landtagswahl- kampf

Demonstrative Geschlossenheit und Zuversicht beim Kreisparteitag der Frankfurter CDU im Bürgerhaus Griesheim mit dem stv. Landesvorsitzenden der CDU Hessen, Innenminister Volker Bouffier als Ehrengast.



4. Dezember 2002

### Die Sympathiekampagne Teil II

Schmackhaftes von der Frankfurter CDU: Die sechs Landtagskandidaten beim Backen von Plätzchen (Zimtsterne, Kokosmaronen u.a.) in der Lehrbäckerei der Frankfurter Fachschule J.A. Heyne. Die ca. 6000 Plätzchen fanden reißenden Absatz bei der anschließenden Verteilaktion an Passanten in der Freßgass.



7. Dezember 2002

### Die Sympathiekampagne Teil III

Cappucino- und Teebeutel-Klappkarten mit Autogramm von Roland Koch: Im dicksten Trubel auf der Zeil verteilten die sechs Frankfurter Landtagskandidaten mit Ministerpräsident Roland Koch tausende von den CDU-Klappkarten. Die Nachfrage bei den Frankfurtern war überwältigend.

### Die Sympathiekampagne Teil IV

Weihnachtsplakat von Roland Koch: Locker, ungewohnt leger und sympathisch wünschte unser Ministerpräsident Roland Koch auf ca. 2000 Plakaten und 25 Großflächen den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern „Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr“.



16. Dezember 2002

## Die „heiße Wahlkampfphase“



7. Januar 2003

Die Hessische Sozialministerin Silke Lautenschläger läutete zusammen mit den Frankfurter Landtagskandidaten bei der Wahlkampfveranstaltung der Senioren-Union im Bürger Ronneburg vor über 200 Teilnehmer die „heiße Wahlkampfphase“ ein.



13. Januar 2003

Ulrich Caspar und der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Jochen Riebel (Bildmitte) diskutierten in der Gaststätte „Zum Goldenen Löwen“, Alt Rödelheim 10, mit über 60 Gästen über die Position Hessens im Bundesrat zu den Rot-Grünen Vorhaben der Bundesregierung.



18. Januar 2003

Was man sonst nur von der SPD kennt - Komödie - erlebte man diesmal ausnahmsweise von der Frankfurter CDU: Unsere Landtagskandidaten schenkten 400 Gästen zwei vergnügliche Stunden in der Frankfurter Komödie mit dem Theaterstück „Der Neurosen-Kavalier“. Vor der Veranstaltung begrüßten die sechs Frankfurter CDU-Landtagskandidaten die Gäste und stellten sich einzeln vor.

Die Veranstaltung begrüßten die sechs Frankfurter CDU-Landtagskandidaten die Gäste und stellten sich einzeln vor.



21. Januar 2003

Die Generale waren sich einig: Rot-Grün braucht Kontrolle und Hessen muss Erfolgsland bleiben! Bei der mit über 150 Gästen vollbesetzten Wahlkampfveranstaltung in der Frankfurter Fachschule J.A. Heyne setzten der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer (Bildmitte), und der Generalsekretär der CDU Hessen, Michael Boddenberg, ein Zeichen, dass es mit der Union besser in Hessen und in Deutschland geht. Zuvor hatte der Präsident der Handwerkskammer Rhein-Main, Jürgen Heyne, in seiner Begrüßung auf die Misere im Deutschen Handwerk hingewiesen.



21. Januar 2003

Ein Glas Bowle und der Rühmann-Klassiker: Mehr als 50 jugendliche Nostalgiker kamen zur „Feuerzangenbowleparty“

des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), um mit der ehemaligen Bundesvorsitzenden der Jungen Union (JU), Hildegard Müller MdB, im Cafe KOZ der Goethe-Universität über die Landtagswahl zu diskutieren. Nach der Begrüßung durch den RCDS-Vorsitzenden Stefan Söhnngen und den JU-Kreisvorsitzenden Boris Rhein MdL sprach Hildegard Müller über die bundespolitische Bedeutung der Hessenwahl.



22. Januar 2003

Die Metropole Frankfurt und ihre Landwirtschaft: Über 45 Landwirte kamen zu der Veranstaltung mit dem Hessischen Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel (links im Bild) und der Landtagsabgeordneten Gudrun Osterburg auf dem Landwirtschaftlichen Betrieb Schmidt in Harheim, um über die Zukunft der Land- und Forstwirtschaft in Hessen und in Frankfurt zu diskutieren.



22. Januar 2003

Pasta, Sizilien, Mafia und Zivilcourage: Auf Einladung des CDU-Kreisvorsitzenden Udo Corts diskutierten 50 geladene Sicherheitsexperten strengstens abgeschirmt mit dem ehemaligen Oberbürgermeister von Palermo und bekannten Mafia-Jäger, Prof. Dr. Leoluca Orlando (Bildmitte) im italienischen Clubhaus des Sportclubs 1880 über die organisierte Kriminalität und Zivilcourage. Moderator der Veranstaltung war der ehemalige FAZ-Herausgeber Dr. Hugo Müller-Vogg.



23. Januar 2003

„Wir stemmen den Flughafen ausbau“: Aber einen Ausbau des Frankfurter Flughafens gibt es nur in Verbindung mit einem Nachtflugverbot! Die sechs Frankfurter CDU-Landtagskandidaten informierten sich auf dem Frankfurter Flughafen über die Arbeitsabläufe und -bedingungen in den Einsatzbereichen Gepäckverladung und Winterdienst. Anschließend erfolgte ein Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Fraport AG, Peter Wichtel, und weiteren Betriebsräten der am Flughafen ansässigen Firmen.



23. Januar 2003

Frauen, Familie und Beruf - Geht das? Ja! Das zeigte eine Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Mitgliedern und Gästen der Frankfurter Frauen-Union und der Bundestagsabgeordneten Katherina Reiche (ehemaliges Mitglied im CDU-Kompetenzteam von Dr. Edmund Stoiber, links im Bild) im Kolleg der Gaststätte der Turnhalle in Schwanheim.



### 26. Januar 2003

„Erfolg in Hessen - Schule in Hessen: Was wurde erreicht, was bleibt zu tun“ lautete das Thema der Veranstaltung mit der Kultusministerin Karin Wolff und dem Generalsekretär der CDU Hessen, Michael Boddenberg, im Museum für angewandte Kunst. Das Ergebnis: Hessen wird Bildungsland Nr.1

### 27. Januar 2003

Bildung, Ausbildung und Erziehung bestimmen maßgeblich die Entfaltungsmöglichkeiten jedes einzelnen Menschen und sind die Grundlage für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft: mit der Thüringischen Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Prof. Dr. Dagmar Schipanski, diskutierte der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU im Frankfurter Diakonissenhaus über Grundprinzipien der CDU-Bildungspolitik.



### 30. Januar 2003



Der "halbe" Bundesrat (sechs CDU-Ministerpräsidenten), die Vorsitzende der CDU Deutschlands und das gesamte Hessische Kabinett mit Ministerpräsident Roland Koch und über 3.000 begeisterte Menschen waren bei der Abschlusskundgebung der CDU Hessen auf dem Platz vor der Alten Oper anwesend.



### 27. Januar 2003

Die Sicherheitslage in Frankfurt am Main: Innenminister Volker Bouffier (Bildmitte), Ordnungsdirektor Edwin Schwarz und der Frankfurter Kreisvorsitzende Udo Corts sprachen sich bei einer Sicherheitspolitischen Begehung für die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes in Frankfurt aus

### 27. Januar 2003

Das Motto: Let's talk about. Die Junge Union und die sechs Landtagskandidaten feierten mit über 350 Gästen eine Jungwählerfeier in der Studio-Bar. Die Stimmung und die Häppchen waren ausgezeichnet.



### 31. Januar 2003

Hochhäuser am Hafen: Die Zukunft gehört den Städten, denen es gelingt, Arbeit, Wohnen und Freizeit räumlich miteinander zu verbinden: Der Hafen-Bürgermeister Ole von Beust und die Flughafen-Oberbürgermeisterin Petra Roth informierten sich zusammen mit dem Frankfurter Kreisvorsitzenden Udo Corts über die Entwicklung und den Bebauungsstand des Westhafens. Der Besuch hat deutlich gemacht, dass das ehemalige Westhafenaerial sich zu einem Stadtteil mit Charakter und Perspektive entwickelt: citynah und doch eigenständig; eine Urbanität, die alle Lebensbereiche umfasst.

### 1. Februar 2003

Der "letzte" Einsatz: Mitglieder des im Wahlkampf erstmals eingesetzten Frankfurter CDU-Teams am Zentralen Informationsstand der CDU: 70 Stunden Standardarbeit, 30 Stunden Kneipen-Canvassing brachten auch zum Schluss keine Ermüdungserscheinungen.



### 2. Februar 2003

Der Erfolg der Frankfurter CDU: Alle sechs Wahlkreise direkt gewonnen; mit großem Abstand stärkste Partei in Frankfurt - der Frankfurter Kreisvorsitzende und zukünftige Landtagsabgeordnete Udo Corts beim Interview am Wahlabend im Römer-Presszentrum mit dem Hessischen Rundfunk. (Kleines Bild) Udo Corts mit skeptischem Blick: reicht's? Ja! 85 Stimmen Vorsprung reichen. (Bild links unten) Die Wahlfeier in der CDU-Fraktion.



### Kehraus

Für "Ordnung" sorgte Parteichef Udo Corts, der einen Infoarbeitstag mit der FES verbrachte und nach dem siegreichen Abschneiden in seinem hart umkämpften Wahlkreis sozusagen „durchfegen“ konnte.





## 50 Jahre RCDS in Frankfurt: Erinnerungen an die Anfänge

Der RCDS Frankfurt hat am 12. Dezember 2002 sein 50-jähriges Bestehen in der Aula der Goethe-Universität in Frankfurt am Main gefeiert. Die Jubiläumsfeier hat alle Erwartungen übertroffen. Über 130 Mitglieder, Ehemalige und Freunde des RCDS Frankfurt kamen an diesem Abend zusammen.

Im Folgenden seien Teile aus dem FAZ-Artikel (er stand unter der Überschrift „Beim

Demokratischer Studenten (RCDS) aktiv gewesen. Von 1975 bis 1976 war er gar Vorsitzender der Studentengruppierung, aber gegen den linken AstA habe man damals kein „Bein auf die Erde bekommen“, erinnerte sich der CDU-Politiker während des Festaktes zum fünfzigjährigen Bestehen des Frankfurter RCDS in der Aula der Goethe-Universität. Nur einen kleinen Kreis motivier-



reich einen Kandidaten für die Studentenparlamentswahlen zu finden.

Da sei dann auch das nächtlich Plakatieren stets eine recht riskante Sache gewesen, sagte Banzer. Erst spät am Abend habe man zu Werke gehen können, wenn kaum noch jemand auf dem Campus gewesen sei, sonst „hätten wir die Hucke voll gekriegt“. Die Plakate hätten freilich auch nicht zu spät geklebt werden dürfen, da sonst der Leim nicht trocken geworden wäre und die Linken das Papier dann leicht hätten abziehen können. Wesentlich einfacher hatten es die christlich-demokratischen Studenten noch in den Nachkriegsjahren. Edgar Harsche, einer der beiden Gründungsvorsitzenden der Gruppierung, die damals noch CDH (Christlich-Demokratische Hochschulgruppe) hieß, berichtete aus dem Jahr 1952, „aus einer anderen Welt“, in der die CDH allerdings auf Anhieb eine Zwei-Drittel-Mehrheit für sich verbuchen konnte. 4000 Studen-

ter Mitarbeiter habe er angesichts der roten Übermacht damals um sich scharen können; oft sei es schwer gewesen, allein in jedem Fachbe-



kleben Prügel riskiert“) über die Feierlichkeiten zitiert: Auch Jürgen Banzer, Landrat des Haachtaunuskreis, ist im Frankfurter Ring Christlich

ten hatte die Universität damals, und im noch weitgehend in Trümmern liegenden Frankfurt habe kaum jemand gewusst, dass es die Hochschule überhaupt gab. Erst während des Ungarn-Aufstandes 1953, als die Studenten zum Zeichen der Solidarität eine Kette von der Zeppelinallee bis zum Römerberg gebildet hatten, sei den Bürgern wieder bewusst geworden, dass ihre Stadt auch eine Universitätsstadt ist.

Stefan Söhngen,  
Vorsitzender  
des RCDS Frankfurt

## Aufruf der Schüler Union!

An alle Schülerinnen und Schüler in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis!

**Ihr seid an Politik interessiert?  
Wir bringen sie Euch näher!  
Ihr habt Lust auf nette Leute?  
Dann meldet Euch bei uns!**

**Euch entstehen keine Kosten**

(kein Mitgliedsbeitrag)  
Schüler Union Hessen  
Frankfurter Straße 6,  
65189 Wiesbaden  
Tel. 0611/3081422, Fax  
0611/373611 oder schreibt  
eine SMS an 0178/7018145

Martin Benedikt Schäfer  
Vorsitzender der Schüler  
Union Kreisverband Ffm



## Alfons Gerling ist seit 30 Jahren Vorsitzender der CDU-Zeilsheim

Ein außergewöhnliches Jubiläum beging der CDU-Politiker Alfons Gerling: Am 20. Februar 2003 war er 30 Jahre lang Vorsitzender der CDU-Zeilsheim. Am 20. Februar 1973 wurde er von seiner Partei in der Jahreshauptversammlung zum ersten Mal zum Vorsitzenden gewählt. Gerling, der 1970 der CDU beitrug, wurde bereits 1971 stellvertretender Vorsitzender und übernahm im Oktober 1972 kommissarisch den Vorsitz des Stadtbezirksverbandes Zeilsheim für ein halbes Jahr. Unter dem Vorsitz von Alfons Gerling hat sich die CDU zur stärksten politischen Kraft in Zeilsheim entwickelt. Seit über 30 Jahren wurde die CDU bei fast allen Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen mit Abstand die stärkste Partei. Aus der ehemals „roten Hochburg“ Zeilsheim entwickelte sich eine stabile CDU-Mehrheit. Persönlich konnte er bei der letzten Landtagswahl mit 54,8% das mit Abstand beste Erststimmenergebnis aller sechs Frankfurter Wahlkreise erreichen.

1987 wurde der CDU-Politiker zum ersten Mal in den Hessischen Landtag gewählt, dem er seitdem ohne Unter-

brechung angehört. Bei allen fünf Landtagswahlen errang Gerling mit großem Abstand das Direktmandat seines Wahlkreises. Seinen politischen Einfluss als CDU-Vorsitzender verstärkte Gerling zusätzlich mit seiner Mitarbeit im Vorstand des CDU-Kreisverbandes Frankfurt, dem er als gewähltes Mitglied seit 19 Jahren angehört. Herausragendes Ergebnis seiner Arbeit vor Ort ist der Bau der Stadthalle Zeilsheim, die 1982 fertiggestellt worden ist und sich zu einem vielbesuchten Ortsmittelpunkt entwickelt hat. Ein weiterer Pluspunkt in seiner Erfolgsbilanz ist das verbesserte Schulangebot mit einer Realschule und der Erweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule sowie der Bau einer Seniorenwohnanlage. Eine „spürbare Steigerung der Wohn- und Lebensqualität“ wurde erreicht durch Verschönerungsmaßnahmen von Straßen und Plätzen und der Neuanlage von Sport- und Spielplätzen. Neben seiner politischen Tätigkeit ist Gerling auch in zahlreichen Ehrenämtern aktiv: Als Landesvorsitzendemitglied des VDK Hessen ergänzte er sein sozialpolitisches Engagement. Ebenso ist er den Vereinen eng verbunden, so als örtlicher Vereinsvorsitzender seit nunmehr 32 Jahren. Darüber hinaus ist er seit 6 Jahren Vorsitzender des Regionalrates Zeilsheim.

## In Hessen gilt: Nicht über, sondern mit den russland-deutschen Aussiedlern reden Landesbeauftragter Rudolf Friedrich: „Hessische Landesregierung ist an der Seite der Spätaussiedler“



„Die Hessische Landesregierung ist an der Seite der Spätaussiedler“, erklärte der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Landtagsabgeordneter Rudolf Friedrich. „Die Integrationsbemühungen für Spätaussiedler in Hessen werden weiter verstärkt. „Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und der Jugendverband DJR sollen künftig noch stärker in die Integrationsarbeit eingebunden werden und sich mit ihrem vorbildlichen Engagement möglichst hessenweit einbringen“, sagte der Landesbeauftragte.

Friedrich kritisierte die Forderungen der SPD-regierten Länder nach höheren Hürden für den Zuzug von Spätaussiedlern: „Der Vorschlag Niedersachsens, dass alle Spätaussiedler künftig eine individuelle Verfolgung nachweisen müssen, ist nicht nachvollziehbar“.

Der Landesbeauftragte gab zu bedenken, dass die vorhandenen Probleme bei der Integration der Spätaussiedler nur im Dialog und mit Integrationsangeboten gelöst werden

könnten. Es sei bereits der falsche Weg gewesen, die Eingliederungsschwierigkeiten der Spätaussiedler im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes beseitigen zu wollen, das sich ausdrücklich auf die Integration von Unionsbürgern und Ausländern bezieht. Bereits die Regelungen des Zuwanderungsgesetzes, die für den Zuzug der deutschen Spätaussiedler erhebliche Erschwernisse vorsahen, berücksichtigten das schwere Schicksal der Russlanddeutschen nicht in angemessener Weise. Nach Ansicht des Landesbeauftragten sind deutsche Sprachkenntnisse eine wichtige Voraussetzung für eine gesellschaftliche und berufliche Integration. Da es nach dem 2. Weltkrieg für Russlanddeutsche mit erheblichen Nachteilen verbunden war, in der Öffentlichkeit deutsch zu sprechen, dürften dabei aber keine übermäßigen Anforderungen an vorhandene Sprachkenntnisse gestellt werden.

Der Landesbeauftragte sprach sich in diesem Zusammenhang auch für eine Wiederholungsmöglichkeit des Sprachtests für Spätaussiedler aus. Er wies darauf hin, dass selbst Spätaussiedler, die die deutsche Sprache gut beherrschten, den Sprachtest aufgrund des Prüfungsdrucks nicht bestehen würden. Es könne nicht sein, dass die Zukunft der Menschen von einer nicht korrigierbaren Momentaufnahme abhängig gemacht werde. „Für die Deutschen, die in den Ausreisegebieten keinerlei Perspektive mehr haben, muss die verlässliche Möglichkeit einer Einreise in die Bundesrepublik erhalten bleiben“, forderte Friedrich.

Friedrich hob die große Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements bei der Integration der Spätaussiedler hervor und bedankte sich bei den vielen freiwillig Aktiven für ihren wichtigen Beitrag für ein funktionierendes Gemeinwesen. Friedrich forderte die schon länger hier lebenden Spätaussiedler auf, Patenschaften für jetzt zu uns kommende Russlanddeutsche zu übernehmen.

10.03.2003  
20.00 Uhr  
Arbeitskreis  
Innerparteiliche  
Organisation und  
Marketing

„CDU Frankfurt am Main - Die Frankfurt Partei“ ist wohl das bekannteste Ergebnis dieses Arbeitskreises, der seit 1998 unter Leitung des Kreisvorsitzenden Udo Corts tagt. Die nächste Sitzung findet statt im Römer (Raum 348). Anmeldungen bitte bei Andreas Rust unter 069-972019-0 oder per Telefax 069-972019-19. Wer bei der Vorbereitung der Sitzung helfen möchte, ist ebenfalls gebeten, sich unter dieser Nummer bei Andreas Rust zu melden.

Termine der OMV:  
18.03.2003  
15.00 Uhr  
Führung im  
Museum der Welt-  
kulturen

Ffm, Schaumainkai 29-37, Anmeldung und Info bei Andreas Rust 069-972019-0

30.04.2003  
20.00 Uhr  
Podiumsdiskussion  
zum Thema  
„Christenverfol-  
gungen sind Men-  
schenrechtsverlet-  
zungen“

Diskussion mit Walter Seibert und einem Vertreter der IGFM, Haus der Heimat, Poststraße 10, Ffm-Eckenheim, Anmeldung und Information bei Andreas Rust 069-972019-0



11.03.2003  
15.30 Uhr

Die alte  
Stadtbibliothek

Baugeschichte und Wiederaufbau, es spricht: Dr. Evelyn Brockhoff, stellv. Leiterin des Instituts für Stadtgeschichte, Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße. Eine Veranstaltung der Senioren Union.

01.04.2003  
15.00 Uhr

EU-Erweiterung

Der Europaabgeordnete Thomas Mann spricht zum Thema: Wir erweitern die EU - sind wir fit dafür? Haus Ronneburg, Gelnhäuser Straße. Eine Veranstaltung der Senioren Union.

Stammtisch der  
Frauen-Union



Im Schwarzen Stern (Römerberg) jeweils 15 Uhr

27.02.2003  
27.03.2003

05.03.2003

19.00 Uhr  
Politischer  
Aschermittwoch  
mit Minister-  
präsident  
Roland Koch  
Siehe letzte Seite.

# Die CDU-Fraktion informiert:

## Uwe Becker: Nördliche Stadtteile nicht abgehängt von Gesamtentwicklung der Stadt

## CDU-Fraktion im Ge- spräch mit Bürgerin- nen und Bürgern



den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass sie im Frankfurter Norden nicht von der Gesamtentwicklung der Stadt abgenabelt sind“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker. Auch Oberbürgermeisterin Petra Roth und die anderen hauptamtlichen CDU-Magistratsmitglieder hatten an der Diskussion teilgenommen. Wie aus den Reihen der ca. 100 Zuschauer zu hören war, wurde das vollständige Erscheinen der CDU-Spitze als sehr positiv aufgenommen. Das zeige, dass sich hochrangige Politiker auch unmittelbar mit den Problemen des Mannes und der Frau auf der Straße auseinandersetzen.

Becker betonte mit Blick auf den Frankfurter Norden, dass die Veranstaltung auch unterstreiche, dass zwar eine räumliche Entfernung zum Frankfurter Römer gegeben sei, „aber keine politische“. Beispielhaft verdeutlichte Becker dies anhand vieler der von den Bürgerinnen und Bürgern vorgebrachten Themen, die die CDU-Fraktion bereits aufgenommen hat und bei denen sie parlamentarisch initiativ geworden ist. „Sowohl beim Hochwasserschutz, beim Erweiterungsbau der Otto-Hahn-Schule und bei der Schülerbeförderung haben wir bereits die Interessen der Menschen hier aufgegriffen“, verwies Becker auf Anfragen und Anträge der CDU-Fraktion. Dies alles seien „Probleme, die den Leuten unter den Nägeln brennen“.

Anfang des neuen Jahres hatten viele im Frankfurter

◀ Die Fragen der knapp 100 Gäste richteten sich vom Hochwasserschutz über Sauberkeit in den Stadtteilen bis zum Mobilfunk

## Die Union im blauen Design Über eine 3/4 Mil- lion „Surfer“ besuchten die Frankfurter CDU

Rechtzeitig zum Landtagswahlkampf erhielt die Webseite des CDU-Kreisverbandes www.cduffm.de ein neues Layout und eine verbesserte Nachrichtenbörse. Die Nutzer haben jetzt nicht nur Zugriff auf Pressemeldungen der Partei, auch die Berichterstattung der Tageszeitungen und Magazine über die Frankfurter CDU kann jetzt gesammelt vorgefunden und angeklickt werden. „Unsere Webseite sehen wir als weiteres zeitgemäßes Dienstleistungsangebot der CDU, das für die Parteiarbeit in einer Metropole wie Frankfurt am Main unverzichtbar ist“, erklärte Kreisgeschäftsführer Thomas Fedas.

Durch ein spezielles Content Managementprogramm

ist die Kreisgeschäftsstelle in der Lage, schnell und zugleich kostenbewusst Aktualisierungen auf der Homepage vorzunehmen. Meldungen, Termine, Anschriften, Werbelinien, Parteiprogramme, Bildergalerien, Buchanzeigen und vieles mehr sind jederzeit abrufbar und auf dem neuesten Stand. „Buttons“ weisen auf Sonderaktionen hin. Seit dem Start der Homepage des Kreisverbandes im Sommer 1998 haben über 750.000 Nutzer auf die Seiten zugegriffen.

Der Internetauftritt wurde gemeinsam mit der Frankfurter Web-Design Agentur weboutfit.de realisiert. Claudia Rael berät kleine und mittlere Unternehmen bei der Konzeption der Webseite. Denn nur ein maßgeschneidertes Outfit - klare Navigation, ansprechendes Design, optimale Mischung von Text und Bild und nicht zuletzt saubere technische Umsetzung - ist auch eine gute digitale Visitenkarte im Internet. Das alles gibt es bei weboutfit.de aus

einer Hand und zu einem fairen Preis. Unternehmen und Dienstleister, die bereits eine Webseite haben, können Schritt für Schritt ihr Angebot optimieren und weiter ausbauen. Einsteiger erhalten aus dem Stand eine funktionierende und ansprechende Webseite vom Profi. Ob Flash-Animationen, Banner, einen Web-Check oder der optimale Eintrag für Suchmaschinen - weboutfit.de bringt Unternehmen ins Netz und hat die richtigen Werkzeuge dafür, zum Beispiel

den „online-publisher“, mit dem selbständig Texte der Webseite gepflegt werden können, auf denkbar einfache Weise.

Auch größere Projekte kann weboutfit.de stemmen: Hinter der Agentur steht ein Netzwerk von Programmierern, Projektmanagern, Textern und anderen Freiberuflern, auf das die Kunden zugreifen können. Nähere Informationen unter Tel. 069/50930921 oder e-mail rael@weboutfit.de



Im Rahmen der Reihe „CDU-Fraktion vor Ort“ hatte die CDU-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung zu einem öffentlichen Bürgergespräch in Bonames eingeladen. Angesprochen waren die Menschen aus Bonames, Harheim, Kalbach, Nieder-Erlenbach und Nieder-Eschbach. „Wir konnten

► Oberbürgermeisterin Petra Roth zwischen dem Fraktionsvorsitzenden Uwe Becker und seinem Stellvertreter Markus Frank. Sie begrüßt die Zuhörer, die der Einladung zu der Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ am 15. Januar ins „Haus Nidda“ nach Bonames gefolgt waren.



Norden mit dem schlimmen Hochwasser zu kämpfen. „Deshalb haben wir den Magistrat aufgefordert, die Verstärkung von Dämmen und den Einsatz zusätzlicher mobiler Schutzsysteme sicherzustellen“, sprach Becker die Forderung der CDU-Fraktion nach neuen Retentionsräumen und naturnäheren Gewässergestaltungen an.

In einem Etatantrag Anfang letzten Jahres habe die CDU-Fraktion sich darüber hinaus bereits für die Erweiterung der Otto-Hahn-Schule ausgesprochen. „Es ist nicht zu vertreten, wenn für 45 Klassen nur 37 Klassenräume zur Verfügung stehen. Ein wirklich geordneter Schulbetrieb ist da fast unmöglich“, sagte Becker. Deshalb treibe man die Ausbaupläne voran und stehe „dem Schuldezernat auf den Füßen“.

Auch das Thema Mobilfunk wurde zur Sprache gebracht und umfangreich diskutiert. „Es gibt derzeit keinen Anlass, die Zulässigkeit bestehender Anlagen unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsgefährdung zu hinterfragen“, bezog sich Becker auf die Tatsache, dass die Unbedenklichkeit durch die Standortbescheinigung der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post festgestellt wird. „Wir nehmen die Bedenken der Menschen sehr ernst und versuchen, den Dialog zwischen Bürgern und Mobilfunkbetreibern zu intensivieren“, sagte Becker. Allerdings müsse man sich bestehenden Bundesverordnungen wie der 26. Bundesimmissionschutzverordnung beugen.

„Abschließend konnten wir in Bonames feststellen, dass unsere Arbeit insbesondere auch für die Stadtteile anerkannt und geschätzt wird und dass wir durch unsere Arbeit den Menschen bei ihren Problemen helfen können“, zeigte sich Becker zufrieden mit dem Ergebnis des Bürgergesprächs.

Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main:

# OLYMPJA! 2012



Oberbürgermeisterin Petra Roth bei einer Podiumsdiskussion zum Thema „OlympJa 2012 in Frankfurt am Main“

Frankfurt am Main will es wissen: Für die Rhein-Main-Region bewerben wir uns um die Olympischen Spiele 2012. Wir haben das Ziel, die Jugend der Welt in zehn Jahren im Herzen Deutschlands und im Zentrum Europas zum sportlichen Wettstreit zu begrüßen. Unser Motto „OLYMPJA! 2012“ verbindet die Wörter „Olympia“ und „Ja“.

## Friedlich und freundlich

Frankfurt am Main ist eine friedvolle, tolerante, weltoffene und aufstrebende Großstadt. Von den Olympischen Spielen würden alle profitieren, von den Sportfans in Deutschland bis hin zu den Sportlern, die in ihrer Freizeit in den vielen Frankfurter Vereinen aktiv sind.

## Neue Arbeitsplätze

Die neuen Straßen, Eisenbahnlinien und auch der Ausbau des Flughafens sowie die vielen Bauprojekte würden die Wirtschaft ankurbeln und viele neue Arbeitsplätze schaffen. Wenn die Politik nicht weit in die Zukunft plant, dann ist die Wirtschaft schnell abgehängt. Nur wer sich hohe Ziele setzt, kommt voran.

## Die Bewerbung

Frankfurt arbeitet bei der Bewerbung mit den Städten der Rhein-Main-Region zusammen, und zwar von Aschaffenburg bis Mainz und von Darmstadt bis Bad Soden. Das Nationale Olympische Komitee hat unsere Bewerbung geprüft und gelobt. Im April fällt die Entscheidung, welche Stadt in Deutschland mit den Städten aus anderen Ländern und Kontinenten konkurrieren wird. Gewinnt Frankfurt die nationale Entscheidung, dann brauchen wir die Begeisterung von allen und die Mithilfe vieler Freiwilliger.

## Eine Aufgabe für alle

Die Frankfurterinnen und Frankfurter werden dann aufgerufen sein, der Welt zu zeigen, dass wir hier in der Lage sind, das größte Sportfest der Welt durchzuführen. Olympia ist ein Weltereignis.

## Altes und Neues

Frankfurt verbindet Altes mit Neuem, schafft aus Fachwerkhäusern und Hochhäusern eine Metropole, die nicht schläft, in der rund um die Uhr gearbeitet und gefeiert wird. Dabei verändert sich Frankfurt rasant, wie auch die Städte um Frankfurt herum.

## Neuer Schwung

Den größten Schwung und weitreichende Veränderungen erwarte ich von den Jugendlichen, die heute noch in Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Universitäten lernen. Sie werden das neue Frankfurt sein und bauen. Und die Olympischen Spiele in zehn Jahren sollen ihre Spiele werden.

## Optimismus

Wer die politischen Verhältnisse hier kennt, der weiß, dass die Voraussetzungen nicht leicht sind, dass viel und hart gearbeitet werden muss, um die Ziele zu erreichen. Das bremsst aber nicht mein Engagement. Im Gegenteil. Ich bin überzeugt: Unser Lebensgefühl, unsere Einstellung, unser Optimismus, unsere Freude am Leben wird alle begeistern - in Frankfurt, in Deutschland, auf der ganzen Welt. Und nirgendwo können wir das besser feiern als bei den Olympischen Spielen.

**Auf die Plätze, Frankfurt, los!**



# Moderne Hochwasservorsorge als Verknüpfung technischer und ökologischer Schutzmaßnahmen

von Uwe Becker, CDU-Fraktionsvorsitzender

Die CDU-Fraktion fordert in einer Anfrage an den Magistrat Maßnahmen mit schneller Schutzwirkung wie etwa die Verstärkung von Dämmen und der Einsatz zusätzlicher mobiler Schutzsysteme

„Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle beim Hochwasserschutz. Dort wirken sich Hochwasserschäden aus, werden Menschen und Sachgüter gefährdet oder geschädigt und dort können Maßnahmen gegen das Hochwasser ergriffen werden“. Der CDU-Fraktionsvor-

sitzende Uwe Becker verdeutlichte damit die Notwendigkeit, den lokalen Hochwasserschutz zu überprüfen und weiter zu verbessern. So müsse der Magistrat beispielsweise die Notwendigkeit und technische Umsetzbarkeit prüfen, um Dämme neu anzulegen, zu erhöhen oder zu verstärken. Dies gelte auch für die Bäche und Zuflüsse des Mains in Frankfurt wie etwa den Eschbach oder die Nidda.

Gerade auch der mobile Hochwasserschutz spiele bei der CDU eine wichtige Rolle. „Stationäre Hochwasser-

schutzmaßnahmen erfordern Raum und kollidieren mit anderen Interessen wie Tourismus, Landschaftsbild oder Ästhetik während der meist hochwasserfreien Zeit“, sagte Becker. Eine Lösung für dieses Dilemma seien mobile Hochwasserschutzsysteme. Dabei werde im Hochwasserfall oberhalb des bestehenden Flussufers ein künstliches Gerinne erzeugt, dessen mobile Wandhöhe eine Höhe von ca. 2 m aufweist. Ein klassisches Beispiel sei der Hochwasserschutz in Köln mit mobilen Wänden direkt am Rheinufer.

Die tägliche Zunahme von 125 ha an Siedlungs- und Verkehrsflächen in der Bundesrepublik verändere den natürlichen Wasserhaushalt erheblich. Vor allem Ableitungssysteme, die die versiegelten Flächen mit den natürlichen Gewässern kurzschließen, führten zur Verschärfung der Niederschlagsabflüsse in den natürlichen Gewässern. „Deshalb brauchen wir langfristig neue Retentionsräume und naturnähere Gewässergestaltungen, um den Abfluss zu verzögern und Hochwasserereignisse in ihrer Entstehung zu verhindern“, sagte Becker.

## Frühwarnsystem notwendig

„Wir brauchen außerdem ein Frühwarnsystem, das die Einsatzkräfte sowie die Bevölkerung frühzeitig über bedrohlich steigende Pegelstände von Erlenbach, Eschbach und Urselbach informiert“, fordert der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker. Er sprach damit Folgerungen aus der Hochwassersituation zu Anfang des Jahres aus.

„Die im Rahmen der Hochwasserbekämpfung gesammelten Erfahrungen sollten dazu genutzt werden, den Hochwasserschutz im Frankfurter Norden zu verbessern, sagte Becker. „Gerade für die Zuflüsse der Nidda gibt es im Gegensatz zum Main keine Vorab-Informationen der höher liegenden Gemeinden über die dortigen Pegelstände“, fügte Becker hinzu. Gemeinsam mit den übrigen Anliegergemeinden müsse ein Frühwarnsystem aufgebaut werden. Je früher man in Frankfurt von dem herannahenden Hochwasser Kenntnis habe, um so schneller sei man auch in der Lage die notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Gleichzeitig dankte Becker nochmals im Namen der CDU-Fraktion den eingesetzten Hilfskräften für ihr großes Engagement, mit dem weit schlimmere Folgen für Frankfurt verhindert werden konnten.

## Deutsch-Amerikanischer Freundschaftstag am 6. Oktober

Bereits im Sommer 2002 hatte Fraktionschef Uwe Becker den Vorschlag gemacht, vor dem Hintergrund der besonderen Rolle Frankfurts in den Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika, einen deutsch-amerikanischen Freundschaftstag in Frankfurt einzuführen.

Unterstützung fand Becker dabei auch von Seiten des neuen Generalkonsuls der USA in Frankfurt, Peter Bodde, dem er seine Idee in einem persönlichen Gespräch vortrug. Auch die deutsch-amerikanischen Freundschaftsinitiativen und -organisationen, wie die Steuben-Schurz-Gesellschaft und der American-German Business-Club zeigten sich von Beginn an interessiert, sich in die mögliche Gestaltung eines solchen Tages einzubringen. So brachte dann auch die CDU-Fraktion im Herbst des vergangenen Jahres den entsprechenden Antrag ein. Als Idee stand dabei noch, den 11. September als besonderen Ausdruck des Erinnerns wie auch des nach vorne Schauens in der deutsch-amerikanischen Freundschaft als Datum zu nehmen.

Während der Antrag ins Verfahren ging, hatte in den USA der Präsident der Vereinigten Staaten, George W. Bush, in Erinnerung an die erste Siedlung deutscher Immigranten in Amerika und in Würdigung des Beitrages Deutscher am Aufbau der US-amerikanischen Gesellschaft den 6. Oktober offiziell als Tag der amerikanisch-deutschen Freundschaft in den USA proklamiert. Er tat dies auch mit besonderer Betonung der großen Solidarität und Anteilnahme, die von Seiten Deutschlands unmittelbar nach den menschenverachtenden Anschlägen vom 11. September 2001 ausging. Es bot sich damit für die CDU eine hervorragende Gelegenheit, die eigene Idee mit dem Vorstoß des US-Präsidenten zu verbinden. Gemeinsam mit den übrigen Fraktionen des Römerbündnisses konnte noch in der Sitzung am 19. Dezember der offizielle Beschluss gefasst werden, künftig in Frankfurt den 6. Oktober als Tag der deutsch-amerikanischen Freundschaft zu begehen. Die CDU Fraktion ist zuversichtlich, damit einen weiteren Beitrag zur Festigung der deutsch-amerikanischen Freundschaft zu leisten.

*Fraktionsvorsitzender Uwe Becker zu Gast bei US-Generalkonsul Peter W. Bodde (rechts im Bild). Das Generalkonsulat Frankfurt ist mit über 500 Beschäftigten die fünftgrößte und eine der wichtigsten amerikanischen Auslandsvertretungen weltweit.*

Gerade mit Blick auf den unsäglichen Kurs, den die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder gegenüber den USA nach wie vor steuert, vermittelt dieses Signal gerade den in Frankfurt lebenden Amerikanern, dass nach wie vor der größte Teil der Frankfurter Bevölkerung der deutsch-amerikanischen Freundschaft einen besonderen Stellenwert beimisst.

Dass diese Botschaft auch ankommt zeigt sich daran, dass bereits kurz nach Beschlussfassung zum CDU-Antrag die in Frankfurt und Rhein-Main ansässigen Vertretungen der US-Bundesstaaten ebenfalls ihr Interesse zur Teilnahme am ersten deutsch-amerikanischen Freundschaftstag am 6. Oktober 2003 angemeldet haben. Auch sie betonen, wie wichtig ein solches Signal gerade in der gegenwärtigen Zeit ist

## Tanken ohne Ökosteuer führt zu Verkehrschaos Markus Frank demonstriert gegen „Ökosteuer“



Der stellvertretende Vorsitzende und umweltpolitische Sprecher der CDU Fraktion, Markus Frank, hat zum Auftakt des Landtagswahlkampfes die unter der rot-grünen Bundesregierung explodierende Belastung der Menschen durch immer höhere Steuern und Abgaben aufgegriffen. Am Beispiel der sogenannten „Ökosteuer“, die tatsächlich die Mobilität der Menschen beschränkt,



wurde dies durch eine kreative Protestform verdeutlicht. Eine Stunde lang, von 11.00 Uhr bis 12.00 Uhr wurde am 4. Januar 2003 allen Kunden bei ESSO-Frank in Frankfurt - Sindlingen die „Ökosteuer“, die zum 1. Januar erst auf 17,8 Euro-Cent erhöht worden war, erstattet.

Dazu hatte Frank eine Steuerrückerstattungsstelle an der Tankstelle errichtet und die „Ökosteuer“ von 17,8 Cent pro Liter in bar ausgezahlt. Die Bevölkerung zeigte sich uneingeschränkt begeistert, schon um 10 Uhr waren die ersten Bürgerinnen und Bürger gekommen, um sich in der Warteschlange einzureihen, ab 10.50 Uhr war die Hoehcher Farben Strasse nicht mehr befahrbar. Fast 100 Autos hatten sich auf beiden Fahrspuren angestellt um Ökosteuerfrei zu tanken. Ab 11.00 Uhr sperrten die Einsatzkräfte der Polizei die Hoehcher Farben Strasse und leiteten den Durchgangsverkehr großräumig um.

Insgesamt schafften es über 80 Fahrzeuge 3200 Liter „Ökosteuerfrei“ zu tanken, es wurden fast 600 Euro an die Bürger ausgezahlt. Frank: „Am Beispiel „Ökosteuer“ wird der Rot/Grüne Wahlbetrug besonders deutlich. Wurde die Ökosteuer 1999 noch mit dem Argument die Rentenbeiträge stabil zu halten eingeführt, wurde am 1. Januar 2003 nicht nur die Öko-Steuer weiter erhöht sondern auch die Renten-

beiträge heraufgesetzt. Die Ökosteuer hat keinerlei ökologische Wirkung, dies ist eine Sonderabgabe, mit der selbstverschuldete Kassenlöcher gestopft werden sollen.“

## Der postmoderne Wahlkampf

Von Alexander Zell

Der moderne Wahlkampf, der in den postmodernen übergeht, zwingt die politischen Akteure zum Überdenken ihrer bisherigen Strategien, die auf die klassischen Massenmedien und das große Publikum gerichtet sind. Die zunehmend differenzierte Gesellschaft erfordert hingegen eine stärkere Zielgruppenorientierung. Strategische und ökonomische Überlegungen können zudem eine Schwerpunktsetzung der Kampagne nahe legen. Die Zielgruppenan-

gegenüber den damaligen Massendrucksaachen heute das personalisierte Serienbriefverfahren. Diese Form der direkten Wähleransprache wird sich bald auf die E-Mails verlagern.

Die computervermittelte Kommunikation dient vorläufig noch eher der innerparteilichen Kampagnenorganisation (Intranet). Im Internet müssen die Parteien vertreten sein, um sich ein modernes Image zu geben. Als Wahlkampfkanal dient es zwar ebenfalls dem unmittelbaren Kontakt mit der Wählerschaft, kann jedoch keine gezielte Ansprache leisten und bleibt abhängig von der Aktivität, das heißt vor allem dem Interesse der Nutzer.

Die professionelle und sich stärker differenzierende Kampagne macht die Parteien von der Unterstützung durch die Experten der Infor-

den und sich zum permanenten Wahlkampf entwickeln, wird der Finanzbedarf der Parteien wachsen und sie zu Spendenkampagnen wie in den USA zwingen. Der Verdacht auf immerwährenden Wahlkampf mit ausgeklügelten Methoden könnte allerdings bei der Wählerschaft den Eindruck erwecken, die Politik habe ihre eigentlichen Aufgaben aus den Augen verloren. Die von der Politik professionell umgarnten Medien versuchen längst, sich in dieser Umklammerung Luft zu verschaffen. Sie legen ihrerseits die Inszenierung, den Showcharakter des Wahlkampfes bloß und erinnern damit an den Unterschied zwischen Politikerherstellung und Politikdarstellung.

*Die CDU-Stadtverordneten Thomas Rätzke und Jochem Heumann bei der Analyse der Wahlkreisergebnisse*



sprache wird durch „postmoderne Wahlkampftechnologien“\* erleichtert.

Mit dem Direct Mailing besinnen sich die Wahlkämpfer auf ein altes Kampagnenmittel, das in den Wahlkämpfen der jungen Bundesrepublik schon bekannt war. Allerdings erlaubt der Computer

mationsbeschaffung und des „Verkaufs“ d.h. der Markt- und Meinungsforschungsinstitute sowie der Werbe- und PR-Beratung, abhängig. Das wiederum steigert den Koordinations- und letztlich den Kapitalaufwand für Wahlkämpfe. Wenn Wahlkämpfe außerdem immer länger wer-

\* Andrea Römmele, Postmoderne Wahlkampftechnologien: Direct Mailing als neue Form direkter Kommunikation zwischen Parteien und Wählern, in: M.Klein/W. Jagodzinski/E. Mochmann, 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden 2000

# Pressearbeit der Fraktion

12.12.2002 /143

**Helmut Heuser: „Mit der D-Linie flexibel und sicher in die Zukunft fahren“**

**CDU-Fraktion will Alternative prüfen lassen und schlägt Umplanung vor**



„Wir brauchen eine flexible Verbindung zwischen D- und A-Linie im Bereich der Haltestelle Wiesenaus.“ Helmut Heuser, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sieht Optimierungspotential in der geplanten Linieneinführung. „Bislang sollten die beiden Linien lediglich durch eine Schienenkreuzung verbunden werden“, sagte Heuser. Dies sei allerdings nicht optimal, da es keinerlei direkte Einschleifung und Umsteigemöglichkeit gebe. Durch diese Verbindung der Äste wird die Strecke für beide U-Bahnen nutzbar. Deshalb habe die CDU-Fraktion zusammen mit der SPD einen Antrag in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung gegeben. Danach soll eine Alternative geprüft werden, „die flexibel auf zukünftige Anforderungen zugeschnitten ist“.

So soll die Haltestelle Wiesenaus von beiden Linien

so genutzt werden, dass die Fahrgäste ohne großen Stationswechsel sowohl nach Norden als auch nach Süden fahren können. „Die D-Linie soll also zuerst nach Norden einschwenken, wird dann im Bereich Wiesenaus verknüpft mit der jetzigen U3 und kehrt dann wieder auf die ursprünglich geplante Trasse zurück“, erklärte Heuser die Alternative von CDU und SPD. Je nach künftiger Entwicklung des allgemeinen Verkehrsaufkommens komme man damit flexibel in die Innenstadt oder in den Nordwesten der Stadt.



„Das ist die zweite Verbindung zu Hauptbahnhof und Messe“. Auch bei Stoßzeiten wie beispielsweise Messen ist diese Alternative flexibler als die bisherigen Planungen. „Die letzten Jahrzehnte haben in der Verkehrsplanung eines gezeigt: Die Halbwertzeit von Entscheidungen ist wirklich kurz“, hielt Heuser fest. Bei der Verknüpfung der D- mit der A-Linie gebe es nun die Chance, sich „alle Verkehrsmöglichkeiten offen zu halten“. Hier sähen CDU und SPD einen erheblichen Mehrwert für die Zukunft.

16.12.2002 /145

**Hilde Krauß: Die Aufwendungen für Sozialhilfe könnten auch in Frankfurt gesenkt werden! CDU-Stadtverordnete informieren sich beim Sozialdezernat des Main-Kinzig-Kreises**



Mehr Flexibilität bei der Vermittlung von Personen im Rahmen des Projektes „Arbeit vor Sozialhilfe“ fordert der Arbeitskreis Jugend, Soziales, Seniorinnen und Senioren der CDU-Stadtverordnetenfraktion von Sozialdezernent Franz Frey. Wie die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Hilde Krauß nach einem Informationsbesuch des Arbeitskreises beim Sozialdezernat des Main-Kinzig-Kreises erklärte, könne die Stadt Frankfurt am Main von dem dort eingeschlagenen Weg zur Verringerung der Zahl der Sozialhilfeempfänger noch Beachtliches lernen. „Die vom Main-Kinzig-Kreis seit 1996 entwickelten Initiativen zu ihrer Eingliederung in den Arbeitsprozess könnten auch für Frankfurt a. M. beispielhaft sein“, sagte Krauß.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU stellte in diesem Zusammenhang drei konkrete, im Main-Kinzig-Kreis bereits realisierte Forderungen: Während der Magistrat, wie sich aus dem Bericht Nr. 677 vom 24.06.2002

ergebe, lediglich rund ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger für arbeitsfähig im Sinne des BSHG halte, seien es nach Aussage des Sozialdezernates bis zu 80%, denen ein Arbeitsplatzangebot gemacht werden könne. Offensichtlich würden in Frankfurt a. M. noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, Sozialhilfeempfänger in die Lage zu versetzen, eine Arbeit aufzunehmen. Darüber hinaus werde jeder, der Sozialhilfe beanspruche und nicht unmittelbar an einen Arbeitsplatz vermittelt werden könne, zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet: „Niemand sitzt untätig zu Hause“, führte Hilde Krauß aus. Auch zahle der Main-Kinzig-Kreis als Leistungsanreiz Prämien an Mitarbeiter, denen es gelinge, eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Sozialhilfeempfänger „passgenau“ in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Das könne in Frankfurt a. M. ebenfalls gemacht werden.

„Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt und steigender Sozialhilfeausgaben darf die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nicht - wie von Bundesminister Clement angekündigt - auf das Jahr 2004 verschoben werden“, sagte Krauß. Mit dem OFFENSIV-Gesetz habe Hessen in ausgefeilter Gesetzesform ein durchdachtes Instrument für eine grundlegende Sozialhilfereform vorgelegt, das nur angewendet werden müsse. Das Hartz-Papier reiche bei weitem nicht an den hessischen Entwurf heran. Krauß zeigte sich überzeugt, dass mit dem OFFENSIV-Gesetz, das an das W2-Programm im US-Partnerstaat Wisconsin angelehnt ist, die Zahl der arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger um die Hälfte reduziert werden könne. In Wisconsin habe innerhalb eines Jahrzehnts die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 90 Prozent abgebaut werden können.

18.12.2002 /146

**Uwe Becker und Udo Corts: CDU begrüßt Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts**

Das Bundesverfassungsgericht gab einer Klage von sechs unionsgeführten Ländern statt, die das von der Bundesregierung als „Jahrhundertwerk“ bezeichnete Regelwerk ablehnen. „Wir haben mit dieser Entscheidung gerechnet, schließlich hatten wir die besseren ver-



fassungsrechtlichen Argumente“, sagte der Vorsitzende der Frankfurter CDU Udo Corts kurz nach Bekanntgabe des Urteils. „Jetzt ist die Bundesregierung gefordert. Die Union hat in den letzten Monaten stets ihre Gesprächsbereitschaft signalisiert“, ergänzte der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker.

Die Zuwanderungspolitik der Bundesregierung sei „kläglich gescheitert“. Die „verfassungswidrige Trickserie“ des damaligen Bundesratspräsidenten und Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit - im Auftrag der Bundesregierung eine manipulierte Mehrheit im Bundesrat festzustellen - habe Karlsruhe zu Fall gebracht.

„Nach § 31 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes hat das Urteil Gesetzeskraft, was bedeutet: Das Zuwanderungsgesetz ist nichtig. Rot-Grün muss das Gesetzge-



lungsverfahren von Anfang an neu aufrollen“, sagte Corts. Das sei keine Blamage mehr, sondern der „K.o.-Schlag für Schröder und Fischer, die mit ihrem rot-grünen Bündnis versucht hatten, das Zuwanderungsgesetz mit einer manipulierten Mehrheit durchzuboxen“.



Becker stellte noch einmal die wesentlichen Kritikpunkte der CDU in den Vordergrund. „Anstatt Zuwanderung zu begrenzen und zu steuern, öffnet es die Türen weiter in die sozialen Sicherungssysteme. Die von der Bundesregierung vorgesehene faktische Ausweitung des Asylrechts und die Gewährung der vollen Sozialhilfe für bestimmte Flüchtlingsgruppen würden die Kommunen mit mehreren hundert Millionen Euro pro Jahr belasten.“ Das Gesetz hätte die Finanzierungsverantwortung für Integrationsmaßnahmen unklar gelassen. Für die Kommunen hätte das eine erneute Lastenverlagerung bedeutet.

Wenn man die Zustimmung der Union haben wolle, dürfe man nicht nur redaktionelle Änderungen machen, sondern müsse auf die Kernforderungen der Union eingehen, meinte Corts. „Es darf insgesamt nicht zu einer Ausweitung

der ohnehin großen Zuwanderung nach Deutschland kommen. Wir können nicht den Anwerbestopp, der 1973 erlassen worden ist - damals war die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht halb so dramatisch wie heute - generell aufheben. Wir wollen keine Ausweitung der Zuwanderung aus humanitären Gründen“, fasste Becker zusammen. Zudem müsse es deutliche Verbesserungen bei der Integration geben. „Es gibt keinen Mangel an Zuwanderung, sondern einen erkennbaren Mangel an Integration“, sagten Corts und Becker zum Abschluss.

20.12.2002/147

**Jochem Heumann: Mehrheit im Stadtparlament gefährdet die Sicherheit von Schulkindern der Französischen Schule CDU-Fraktion kritisiert Votum von SPD, Grünen, F.D.P. und FAG**



„Das ist ein bewusstes Inkaufnehmen von Unfällen an der Victor-Hugo-Schule“, bewertete CDU-Stadtver-



mann auf die weiter bestehenden Risiken an der Französischen Schule hin.

ordnete Jochem Heumann die Abstimmung von SPD, Grünen, F.D.P. und FAG zu einer Parlamentsinitiative der CDU (NR 762) im Haupt- und Finanzausschuss. Die CDU-Fraktion hatte im September den Antrag in den Geschäftsgang gegeben mit dem Ziel, in der Gontardstraße eine ordnungsgemäße und sichere Verkehrssituation an der sogenannten Französischen Schule herzustellen. So sollte beispielsweise ein Wendehammer eingerichtet und eine stadttübliche Straßenbeleuchtung aufgebaut werden. „Seitdem die Schule eröffnet ist, gibt es keine hinreichende Schulwegsicherung, noch nicht einmal einen Bürgersteig“, fasste Heumann die Situation zusammen.

**08.01.2003/003**  
**Uwe Becker:**  
**Mehr an Lebensqualität durch weniger an Bürokratie**  
**CDU-Fraktion unterstützt Vorschlag des Deutschen Indus-**  
**trie- und Handelskam-**  
**mer-tages (DIHK) und**  
**sieht Frankfurt als**  
**natürliche Testregion**

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Uwe Becker steht der Vorschlagsliste des DIHK zum Bürokratieabbau positiv gegenüber: „Bürokratieabbau muss als umfassende politische Aufgabe verstanden

werden und auf allen politischen Ebenen erfolgen.

Der Gesetzgeber sollte bei allen gesetzlichen Vorhaben eine Folgeabschätzung der bürokratischen Lasten für Betriebe vornehmen. Dabei sollte explizit die Kosten- und Regulierungsbelastung gerade auch für Existenzgründer und für Kleinbetriebe berücksichtigt werden. „Als Einstieg in einen umfassenden Bürokratieabbau kann aus unserer Sicht allerdings auch die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse für Teilgruppen, speziell für Existenzgründer und für kleine Unternehmen, sinnvoll sein“, sagte Becker.

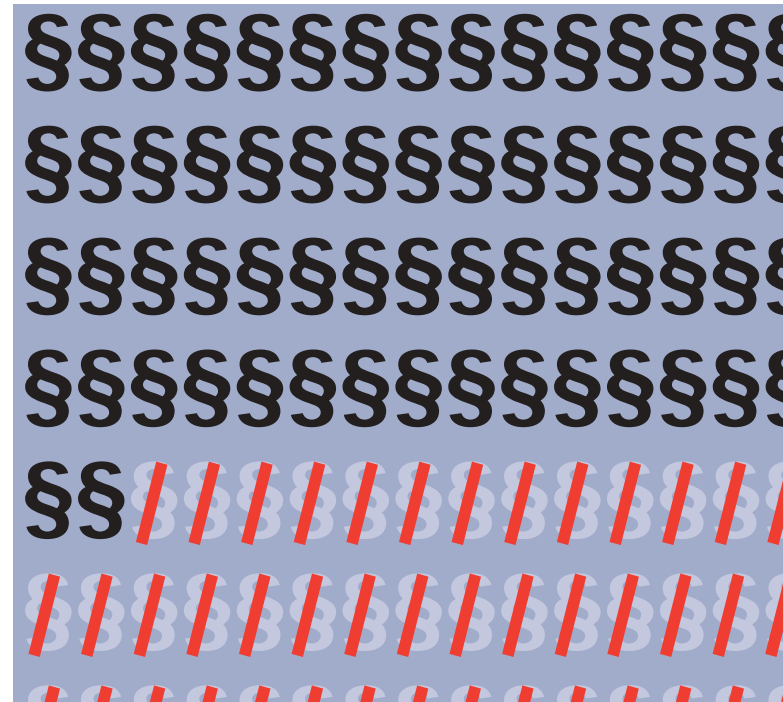
Der Subsidiaritäts-Gedanke sollte nach Becker mit Blick auf bürokratische Anforderungen stärker zum Zuge kommen: „Statt eine Vielzahl an detaillierten gesetzlichen und rechtlichen Vorschriften sollte der Gesetzgeber seine konkreten Ziele z.B. beim Arbeitsschutz definieren.“ Die Unternehmen hätten dann die Pflicht, zur Realisierung dieser Ziele betriebsbezogen optimierte Lösungen zu entwickeln und selbst auszuwählen.

Für den dringend erforderlichen Abbau bürokratischer Hemmnisse reiche es nicht aus, wenige Einzelfallregelungen zu entschärfen; vielmehr bedürfe Bürokratieabbau einer auch ordnungspolitisch aufeinander abgestimmten Vorgehens-

weise. Keinesfalls dürfen die Bemühungen so enden, wie die vorherige Runde zum Bürokratieabbau: Am Ende der letzten Legislaturperiode verblieb per Saldo mehr Regulierung statt ein Abbau bürokratischer Hemmnisse. Um glaubwürdig zu sein, dürfe die Bundesregierung nicht auf der einen Seite Bürokratieabbau propagieren und auf der anderen Seite eine Vielzahl neuer bürokratischer Pflichten - wie z. B. Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute an die Finanzämter - einführen.

Becker verwies dabei auch auf die Hessische Landesregierung. „Die CDU/F.D.P.-Landesregierung hat es in einer einzigen Legislaturperiode geschafft, 39 Prozent aller Rechtserlasse und Verordnungen zu beseitigen“. Diese Leistung dürfe sich Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement bei seinem „Masterplan Bürokratieabbau“ gerne als Vorbild nehmen.

Sollte es, wie es der DIHK vorschlägt, in einer Pilotphase zum Ausweis von Testgebieten für den „Masterplan“ in Deutschland kommen, sieht Becker Frankfurt/Rhein-Main als „natürliche Wahl“. Frankfurt/Rhein-Main sei als dynamische Wirtschaftsregion mit vielen Existenzgründern sowie kleinen und mittleren Betrieben prädestiniert für einen Abbau hemmender Regeln.



20.01.2003/007

**Hella Welker:**  
**Zukunft der Kinder hat höchste**  
**Priorität!**  
**CDU-Fraktion für**  
**weitere Investitionen in die Bildung**



„Die CDU-geführte Landesregierung hat seit Beginn der Legislaturperiode der Bildungspolitik höchste Priorität eingeräumt mit dem Ziel, die Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern“, damit reagierte die schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion auf die Kundgebung der Initiative Frankfurter Elternbeiräte am vergangenen Samstag. Dabei hatten die Teilnehmer eine Verbesserung an Frankfurts Schulen gefordert.

„Obwohl die Schülerzahl insgesamt um 13.000 gestiegen ist, konnten wir den Unterrichtsausfall in Höhe von 100.000 Stunden pro Woche, den uns die Vorgängerregierung von SPD und Grünen hinterlassen hat, auf

null Stunden reduzieren“, sagte Welker. Auch die Erhöhung des Bildungsetats um 600 Millionen Euro seien „beeindruckende Beweise dafür, dass es Ministerpräsident Roland Koch ernst ist mit seinem Versprechen, Hessen zum Bildungsland Nummer eins zu machen“.

Die Kritik der Eltern nahm die CDU-Politikerin ernst. „Es ist wichtig für die Weiterentwicklung unserer Bildungsaufgaben, die Meinung betroffener Eltern aufzunehmen.“ Dazu gehöre auch, dass die Eltern auf verbesserungswürdige Situationen hinwiesen. „Meine drei Kinder haben unter SPD-Ministern zur Schule gehen müssen. Da hat sich kein rot-grüner Landespolitiker um uns gekümmert“, sagte Welker. Unter der CDU-geführten Landesregierung gebe es nun endlich Sachunterricht statt Schülerbeschäftigung. Doch seien die „Versäumnisse von SPD und Grünen in früheren Jahren nicht von heute auf morgen auszugleichen“, sprach die Bildungspolitikerin die Tatsache an, dass unter Rot-Grün die Lehrerausbildung drastisch reduziert worden war. Die ersten Schritte seien erfolgreich getan worden, weitere würden folgen. Dabei nannte sie zum einen das Institut für Bildungsqualität, das Leistungsvergleiche verlässlich organisiert/veröffentlicht und zum anderen

*Hella Welker mit Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski während einer Wahlveranstaltung am 27. Januar 2003*



regelmäßige vergleichende Untersuchungen zwischen Bundesländern, „damit Hessens Schüler die gleichen Chancen haben, wie die in Bayern und Baden-Württemberg“.

Welker ist sich sicher, dass „die CDU in der nächsten Legislaturperiode die Unterrichtsqualität weiter verbessern wird“. Mit dem Gesetz zur Qualitätssicherung in hessischen Schulen werden ausländische Schülerinnen und Schüler besser integriert, die Schulwahlfreiheit gestärkt, das Einschulungsalter flexibel gemacht und die gymnasiale Oberstufe reformiert. Trotz angespannter Finanzlagen von Stadt und Land „wird an unseren Kindern nicht gespart“.

**27.01.2003/013**  
**Uwe Becker:**  
**„SPD sollte Steuerpläne vor**  
**Klausurberatung vom Tisch nehmen“**  
**CDU Fraktion**  
**wird keiner**  
**„Frankfurt-Steuer“**  
**zustimmen**

Parallel zu den laufenden Klausurvorbereitungen im Rahmen der Haushaltsberatungen appelliert der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Uwe Becker, an die Frankfurter SPD aus, die vorgeschlagen hat, für Menschen, die ihren Zweitwohnsitz in Frankfurt haben, eine zusätzliche Steuer einzuführen.

„Es ist unsere Aufgabe, die Attraktivität dieser Stadt bei allen Sparbemühungen zu sichern und nicht die Menschen aus Frankfurt durch zusätzliche Lasten zu vertreiben.“ Die Frankfurter SPD sollte nicht die gleichen Fehler wie SPD und Grüne in Berlin machen. Für viele Menschen stehe dort das Kürzel „SPD“ inzwischen für „Steuererhöhungs-Partei Deutschlands“.

„Wir sind es nicht nur der

Öffentlichkeit schuldig, endlich die notwendigen Weichen zu stellen, sondern auch der Zukunft unserer Stadt, so Becker. Die CDU werde den von ihr bereits vorgestellten finanzpolitischen Meilensteinen in den Klausurberatungen Mitte Februar noch weitere Einsparvorschläge folgen lassen, um die Zukunftsfähigkeit Frankfurts zu sichern. Die inhaltlichen Schnittmengen der Sparpapiere böten eine gute Grundlage, um nach den Klausuren zu schnellen Übereinkünften in wesentlichen Sachfragen der Konsolidierung zu kommen.

„Der ernsthafte Sparwille wird sich jedoch außerhalb der bereits erkennbaren Gemeinsamkeiten beweisen müssen“, so Becker. Gleichzeitig warnte Becker davor, sich zusätzliche Steuerbelastungen für die Menschen in Frankfurt ausudenken, um die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern.

„Wer heute, wo die Menschen schon genug unter der Steuer- und Abgabenlast zu leiden haben, über eine

Frankfurt-Steuer nachdenkt, hat die aktuelle Wirtschaftssituation in unserem Land noch immer nicht verstanden“, führte Becker mit Blick auf die Frankfurter SPD aus, die vorgeschlagen hat, für Menschen, die ihren Zweitwohnsitz in Frankfurt haben, eine zusätzliche Steuer einzuführen.

„Es ist unsere Aufgabe, die Attraktivität dieser Stadt bei allen Sparbemühungen zu sichern und nicht die Menschen aus Frankfurt durch zusätzliche Lasten zu vertreiben.“ Die Frankfurter SPD sollte nicht die gleichen Fehler wie SPD und Grüne in Berlin machen. Für viele Menschen stehe dort das Kürzel „SPD“ inzwischen für „Steuererhöhungs-Partei Deutschlands“.



## Elisabeth Haindl: „Wo sind Ihre Ideen für die kul- turelle Zukunft Frankfurts, Herr Nordhoff?“

### CDU-Fraktion kriti- siert widersprüch- liche Angaben des Kulturdezernen- ten

„Das TAT war eine Institu-  
tion, die wie kaum eine ande-  
re die schwierige, auseinan-  
dersetzungsfreudige, immer  
für Überraschungen taug-  
liche Frankfurter Moderne re-  
präsentierte“, so kritisierte  
die kulturpolitische Sprech-  
erin der CDU-Fraktion Elisa-  
beth Haindl das jüngste Inter-  
view mit Dr. Hans-Bernhard  
Nordhoff. Darin hatte der  
Frankfurter Kulturdezernent  
gesagt, das TAT sei nicht  
nötig, weil es auch im Mou-  
sonnturm Avantgarde- und Ex-  
perimentier-Theater gebe.  
Das TAT sei also aus inhaltli-  
chen und nicht finanziellen  
Gründen geschlossen wor-  
den.

„Das ist eine völlig andere  
Aussage als früher“, sprach  
Haindl die aktuelle finazi-



elle Situation der Bühnen an.  
Diesen fehlten im Vergleich  
zu 2002 in diesem Jahr etwa  
4,5 Millionen Euro, da allein  
die Zuschusssumme wegen  
der städtischen Finanzkrise  
von 70,9 Millionen auf 67,8  
Millionen Euro gekürzt wur-  
de. „Bis 2005 soll  
der Etat der Büh-  
nen noch bis  
auf 59 Millio-  
nen Euro redu-  
ziert werden“,  
ergänzte  
Haindl. Ange-  
sichts des Tar-  
ifabschlus-  
ses für

den öffentlichen Dienst ent-  
stünden zusätzliche Schwie-  
rigkeiten, da 1,5 Millionen  
Euro für Lohnsteigerungen  
aus dem laufenden Budget  
erwirtschaftet werden müs-  
ten. „Angesichts all dieser  
Zahlen von inhaltlichen Grün-  
den bei der Schließung zu  
sprechen hal-  
ten wir  
in der

CDU-Fraktion für irrefüh-  
rend“, sagte Haindl. Nord-  
hoff hätte ja auch ein neues  
Konzept entwickeln können.  
Jetzt inhaltliche Gründe  
anzuführen, sei „an den Ha-  
ren herbeigezogen“. Ähnlich  
reagierte die CDU-  
Kulturpolitikerin auf Nord-  
hoffs Äußerungen zum Weg-  
gang William Forsythes. „Der  
Vorschlag Nordhoffs, 80 %  
des Bühnen-Etats zu kürzen,  
bedeutete für Forsythe den  
Stoß mitten ins Herz“, sagte



Haindl. Diese „unangebrach-  
te Behandlung eines berühm-  
ten Künstlers“ spiegele die  
mangelnde Sensibilität Nord-  
hoffs wider. Haindl forderte  
deshalb vom Kulturdezernen-  
ten kreative Vorschläge, „da-  
mit Frankfurt auch  
weiterhin kulturell  
blüht“.

## Anträge und Anfragen

20.11.2002 15/284

### Airbus A 380 muss nach Frankfurt!

Die CDU-Fraktion fordert  
den Magistrat auf, alles in sei-  
ner Verantwortung stehende  
zu tun, damit die notwendi-  
gen Voraussetzungen für die  
Stationierung und den Einsatz  
des Airbus A 380 am Frankfur-  
ter Flughafen geschaffen wer-  
den. Alle Bemühungen müs-  
sen darauf ausgerichtet sein,  
den Standortvorteil gegenü-  
ber anderen Flughäfen zu si-  
chern. Die CDU-Fraktion  
begrüßt die Bemühungen der  
Fraport AG, den durch den  
Bau der Wartungshalle außer-  
halb der gegenwärtigen Um-  
zäunung notwendigerweise  
entstehenden Waldverlust zu  
reduzieren.



04.12.2002 15/286

### Sucht und Prävention

Nach den Berichten der  
Weltgesundheitsorganisation  
starten Jugendliche immer  
früher mit dem Alkoholkon-  
sum, ebenso mit dem Rau-  
chen. Deshalb will die Stadt-  
verordnete Margrit Weiß-  
bach vom Magistrat wissen,  
welche Organisationen in  
Frankfurt in der Suchtpräven-  
tion arbeiten und ob es für  
die verschiedenen Altersstu-  
fen der Betroffenen unter-  
schiedliche Präventionsmo-  
delle gibt. Ziel ist es, rechtzei-  
tig und effektiv eingreifen zu  
können.

18.12.2002 15/289

### Zuschüsse für Freie Theater- gruppen

Frankfurt hat eine Freie  
Theaterszene, die in ihrer  
Vielfältigkeit und Lebendig-  
keit auch künftig erhalten  
und gefördert werden soll.  
Die gegenwärtige Haushalts-  
situation macht es aber für  
die CDU-Fraktion erforder-  
lich, die gegenwärtige Art  
und Weise der Bezuschus-  
sung der einzelnen Institu-  
tionen und deren Höhe transpa-  
rent zu machen. Mit dem der-  
zeitigen Haushaltsplan kann  
momentan nicht nachvollzo-  
gen werden, ob mit den zur  
Verfügung gestellten Mitteln  
eine größtmögliche Wirkung  
erreicht wird.

15.01.2003 15/298

### Land Hessen in die Finanzierung der städtischen Kultureinrich- tungen einbe- ziehen

Die CDU-Fraktion will  
den Magistrat auffordern,  
mit der Landesregierung  
über eine inhaltliche Ver-  
änderung des kommunal-  
en Finanzausgleichs zu  
verhandeln. Frankfurt soll  
als Trägerin einer Vielzahl



bedeutender, überörtlicher  
Kultureinrichtungen künftig  
angemessen, ihrer Bedeu-  
tung entsprechend, bei der  
Verteilung der Mittel des  
kommunalen Finanzaus-  
gleichs berücksichtigt wer-  
den. Das Land Hessen soll  
darüber hinaus aufgefordert  
werden, Mitgesellschafter in  
der Städtischen Bühnen  
GmbH zu werden.

15.01.2003 15/300

### Schülerzahlen an Integrierten Gesamtschulen

Der Arbeitskreis Schule in  
der CDU-Fraktion möchte,  
dass an den vorhandenen  
Integrierten Gesamtschulen  
jede mögliche Kapazität der  
Klassenstärken intensiv aus-  
genutzt wird. Das Dezernat  
Schule und Bildung hatte  
zuvor behauptet, angeblich  
seien zu Beginn des Schuljah-  
res 2002/2003 etwa 200 Schü-  
lerinnen und Schüler, die an  
einer Integrierte Gesamtschu-  
le aufgenommen werden  
wollten, abgewiesen worden.  
Als Gründe waren Kapazität-  
sengpässe genannt worden.  
Grundlage der CDU-Forde-  
rung ist die „Verordnung  
über die Festlegung der  
Anzahl und Größe der Klas-  
sen, Gruppen und Kurse in  
allen Schulformen“ des Hessi-  
schen Kultusministeriums.

29.01.2003 15/304

### Freiwilliger Polizeidienst - Aktive Bürger für mehr Sicherheit

Die CDU-Fraktion will  
auch in Frankfurt den Freiwil-  
ligen Polizeidienst. Der von

der Landesregierung einge-  
führte Freiwillige Polizei-  
dienst in Hessen bietet Bürge-  
rinnen und Bürgern die Mög-  
lichkeit, ehrenamtlich einen  
aktiven Beitrag zur Stärkung  
der Inneren Sicherheit zu lei-  
sten. Danach können freiwil-  
lige Polizeihelfer zur vorbeu-  
genden Bekämpfung von  
Straftaten, zur Überwachung  
des Straßenverkehrs, für den  
Streifendienst und zur Siche-  
rung von Gebäuden und  
öffentlichen Anlagen einge-  
setzt werden.

05.02.2003 15/308

### Mit weniger Staat in Frankfurter Schulen Kosten sparen



Um das bestehende Schul-  
system auf einen zeitge-  
mäßigen Stand zu bringen bzw.  
dort zu halten, fordert Prof.  
Dr. Daniela Birkenfeld alter-  
native Organisations- und  
Finanzierungsmöglichkeiten  
für die Bereitstellung und  
Bewirtschaftung der Schulim-  
mobilien der Stadt Frankfurt.  
In der Prüfung des Magistrats  
sollen alle mit der Bewirt-  
schaftung der Schulen zusam-  
menhängenden Aufgaben,  
wie der laufende Betrieb, die  
Unterhaltung sowie die  
Sanierungsmaßnahmen ein-  
bezogen werden. Hinter-  
grund ist die Tatsache, das  
Frankfurt auch in den kom-  
menden Jahren mit rückläufi-  
gen bzw. stagnierenden Ein-  
nahmen zu rechnen hat.

